

## Die ungehaltene Rede zur Eröffnung der A4 am 16.09.2014

Sehr geehrter Herr Minister Groschek,  
sehr geehrter Herr Staatssekretär Ferlemann,  
sehr geehrter Herr Hartung,  
sehr geehrte Gäste,

wir haben hier und heute viel Lob gehört über ein Bauwerk, welches termingerecht fertig gestellt wurde und für welches anspruchsvolle Aufgaben umzusetzen waren.

Dieses Lob geschah aber weitestgehend aus der Sicht der Ingenieure, Politiker und des Bergbautreibenden. Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit noch einmal auf die Sicht der Betroffenen in der Region lenken.

Dieser Autobahnbau und der Bau der Hambachbahn sind Beispiele dafür, wie man Projekte mit aktiver Beteiligung der Bürger **nicht** führen darf. Diese Projekte sind Beispiele dafür, dass man seitens Politik und Verwaltung nur einseitig auf die Interessen eines Wirtschaftsunternehmens, in diesem Fall die der RWE Power AG, hört und alles andere dessen Interessen unterordnet.

So wurde z. B. das öffentliche Interesse an der Verlegung der A4 vom Bergbautreibenden selbst begründet: Energieversorgung und Arbeitsplätze waren damals schon die Argumente, die jeden sinnvollen Diskurs über die beste Lösung erstickten. Keine zehn Jahre nach diesen Argumenten kämpft die Firma RWE um ihr Überleben – 4 Mrd. Euro Verlust mit überkommenen Wirtschaftsmodellen, die Verkleinerung von Garzweiler sowie wahrscheinlich die geplante Schließung des Kraftwerks Eschweiler zeigen: Die kritischen Bürger hatten damals recht. Heute könnte niemand eine gleichartige Maßnahme mehr mit dem öffentlichen Interesse argumentieren. Unabhängig davon hätte ich mir damals gewünscht, dass es einen jeweils aktualisierten Plan der Landesregierung zur Energieversorgung des Landes gibt, aus dem man derartige Projekte sauber und neutral argumentieren kann.

Aber auch die Planung selbst war höchst zweifelhaft.

Die separate Planung von Hambachbahn und Autobahn hätte es nie geben dürfen, da die Tunnelanlage am FFH-Gebiet „Steinheide“ für beide Planungen erforderlich war. Hier wurde Planungsrecht zu Gunsten des Wirtschaftsunternehmens gebeugt. Betrachtet man aber beide Bauwerke zusammen, hätten höhere Lärm- und Schadstoffwerte auch höheren Schutzbedarf der Bürger bedeutet.

Es wurden Verkehrsprognosen erstellt, die nachweislich methodisch falsch waren und bei richtiger Betrachtungsweise zu schärferen Auflagen hinsichtlich des Lärm- und Schadstoffschutzes auf der gewählten Trasse hätten führen müssen. Selbst die von den Bürgern damals vorgebrachten

deutlich höheren Auslastungszahlen werden mittlerweile durch die aktuelle Verkehrsprognosezahl übertroffen. Aber auch im Kleinen werden unsere Bedenken bestätigt. Unser Argument: die Verlegung A44/A61 durch den Tagebau Garzweiler würde zu einer Umleitung des Verkehrs aus Eindhoven über die A4 führen ist mittlerweile Realität. Das was Straßen-NRW damals lauthals negierte, lässt sich heute an holländischen Verkehrsschildern ablesen.

Aber auch unser so hoch gelobtes Rechtssystem spielt bei der Entmündigung von kritischen Bürgern mit. Das Bundesverwaltungsgericht ist frei in der Wahl, welchem Gutachter man nun Glauben schenkt. Es muss dabei aber noch nicht einmal die fachliche Eignung, die Reputation oder Erfahrung des Gutachters heranziehen. Das höchste deutsche Verwaltungsgericht unter Vorsitz von Herrn Dr. Strohkopf (wenn mich meine Erinnerung nicht täuscht) glaubte einem Verkehrsgutachter, der in schönster kölscher Redensart „zum Schluss noch an de Parametter driiehte!!“ (übersetzt: „zum Schluss noch an den Stell- bzw. Einflussgrößen manipulieren“), während ein von den Klägern beauftragtes Berliner Büro, welches auch schon mehrere Aufträge für das Bundesverkehrsministerium erledigt hatte, nicht gewürdigt wurde. Ich fühle mich hier als damaliger Kläger auf eine andere Art ein wenig wie der derzeit bekannte Herr Mollath, der wegen falscher Gutachten über mehrere Jahre in die Psychiatrie musste.

Schließlich wurde ich nach der Lesart von Herrn Vosskuhle (Präsidenten des Bundesverfassungsgerichtes) zu einem Querulanten gestempelt, da meine Verfassungsbeschwerde ja zu denen gehörte, die begründungslos abgelehnt wurde. Man erhält vom Verfassungsgericht eine Ohrfeige, ohne zu wissen, was man denn eigentlich falsch gemacht hat, wenn man sein Grundrecht auf gesundheitliche Unversehrtheit einfordert.

Diese Beispiele haben mich auch an unserem doch so guten System zweifeln lassen. Der mündige Bürger hat ein Recht auf eine substantielle Gewichtung seiner Argumente und ein Recht auf Antwort von unseren Richtern.

Aber die Zweifel an unserem Rechtsstaat, sind noch einmal gewachsen, wenn man sich betrachtet, wie z. B. die Polizei durch RWE im Thema der Waldbestzungen instrumentalisiert wird. Ich habe das Vertrauen in die NRW-Polizei durch die Begleitung von mehreren Einsätzen rund um den Hambacher Forst verloren. Willkürliche Verhaftungen, keinerlei deeskalierende Arbeit, Falschaussagen, die die Staatsanwaltschaft zwar richtig stellte aber nicht weiter verfolgte etc.... sprechen nicht dafür in einem wirklichen Rechtsstaat zu leben.

Lassen sie mich zum Schluss zusammenfassen:

Es gibt noch viel zu tun, um Planungsprozesse mit und nicht gegen den Bürger gestalten zu können.

Wir brauchen Verfahren, bei denen eine aktive Bürgerbeteiligung zu Beginn erfolgt. Beteiligungsmodelle gibt es mittlerweile genug. Statt stumpfsinniger Planungen brauchen wir moderierte Planungsprozesse. Alle Verfahrensschritte müssen in einer für den Bürger mit effektiven Beteiligungsrechten zusammengeführt werden. Viele Bürger können besser planen als wenige öffentliche Bedienstete.

Wir brauchen einen Staat, der nicht nur wirtschaftliche Interessen in den Mittelpunkt seines Handelns stellt, sondern der einen gerechten Ausgleich aller gesellschaftlich Handelnden sucht. Wir brauchen wieder eine Werteorientierung in der Politik, die uns Menschen nicht vergisst!

Viele Berufsgruppen müssen heute ihre Qualifikation nachweisen und bei fehlerhaftem Handeln dafür haften. Die Menschen in der Region haben beispielhaft 30 % ihrer Immobilienwerte verloren. Hier ist eine Amtshaftung zu etablieren, die ihren Namen verdient, wenn - wie hier geschehen - nicht revidierbare Fehlurteile gefällt wurden!

Wir brauchen mehr Demokratie und weniger Bürokratie in Planungsprozessen.

Ich hoffe, dass die Ohnmacht und Wut, die man hier bei den betroffenen Anliegern durch falsche Planungen hinterlässt, nicht in Gewalt umschlägt, wenn nun das monotone Rauschen und Dreckschleudern beginnt.

Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit!

Peter Abels

Geschädigter Autobahnanlieger, Mitglied der Initiative Buirer für Buir